
2992/J XXVIII. GP

Eingelangt am 15.07.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Albert Royer
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-
schutz
betreffend **Schließung des Zahnambulatoriums in Trieben**

Die angekündigte Schließung des Zahnambulatoriums der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) in Trieben hat in der Region nachvollziehbare Diskussionen ausgelöst.

Die „Kleine Zeitung“ hat unter der Schlagzeile *„Kampf gegen das Aus für das Zahnambulatorium in Trieben“*¹ über den Unmut der Bevölkerung über die Schließung berichtet.

Unabhängig vom konkreten Standort stellt sich jedoch die grundsätzliche Frage, wie eine bedarfsgerechte und zukunftsfähige zahnmedizinische Versorgung in ländlichen Regionen durch zusätzliche Kassenstellen, Vertragszahnärzte oder mobile Versorgungsmodelle sichergestellt werden kann.

Gerade im ländlichen Raum ist es entscheidend, moderne und patientennahe Versorgungsstrukturen zu schaffen. Ziel muss es sein, eine Versorgung sicherzustellen, die auch für junge Zahnärzte attraktiv ist und gleichzeitig den Bedürfnissen vulnerabler Bevölkerungsgruppen - insbesondere älterer, pflegebedürftiger oder einkommensschwacher Menschen - gerecht wird.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Aus welchen konkreten Gründen plant die BVAEB die Schließung des Zahnambulatoriums in Trieben?
2. Mit welchem Stichtag ist die Schließung vorgesehen und wie und wann werden die Patienten des Zahnambulatoriums darüber in Kenntnis gesetzt?

¹ <https://www.kleinezeitung.at/steiermark/ennstal/19808447/kampf-gegen-das-aus-fuer-das-zahnambulatorium-in-trieben>

3. Wurde Ihr Ressort im Vorfeld über die Schließungsabsicht informiert?
 - a. Wenn ja, wurden diesbezüglich Ihrerseits bereits Gespräche mit der BVAEB geführt bzw. sind diese geplant?
 - b. Wenn nein, warum fand hier kein Austausch statt?
4. Gab es seitens Ihres Ressorts Bestrebungen, die Schließung zu verhindern oder Alternativen zu evaluieren?
 - a. Wenn ja, welche Alternativen wurden in Betracht gezogen?
 - b. Wenn nein, warum wurde nicht versucht, eine Schließung zu verhindern?
5. Auf Basis welcher konkreten Kriterien wurde über die Schließung des Zahnambulatoriums Trieben entschieden?
6. Wie viele Patienten wurden jeweils zum ersten jedes Monats in den Jahren 2023, 2024 sowie im ersten Quartal 2025 im Zahnambulatorium Trieben behandelt?
7. Wie viele Personen waren, aufgeschlüsselt nach Berufsgruppen, mit 1. Juni in den Jahren 2023, 2024 sowie 2025 im Ambulatorium, tätig?
8. Welche Maßnahmen sind für das bestehende Personal im Falle einer Schließung vorgesehen?
9. Gibt es seitens der BVAEB oder des Ressorts Pläne, die zahnmedizinische Versorgung in der Region durch zusätzliche Kassenstellen, Vertragszahnärzte oder mobile Versorgungsmodelle sicherzustellen?
10. Wie viele Kassen-Zahnärzte sind aktuell im Bezirk Liezen tätig?
 - a. In welchen Ortschaften genau?
11. Liegen Hinweise auf zahnmedizinische Unterversorgung oder lange Wartezeiten in der Region vor?
12. Welche Maßnahmen wurden im Bezirk Liezen in den letzten drei Jahren gesetzt, um dem Rückgang von Kassen-Zahnärzten im ländlichen Raum entgegenzuwirken?
13. Wie hoch waren die Betriebskosten des Zahnambulatoriums in den letzten drei Jahren, aufgeschlüsselt nach Jahren und Kostenstellen?
14. Können Sie ausschließen, dass es sich bei der Maßnahme um einen Teil einer längerfristigen Reduktion von Kassendienstleistungen durch die BVAEB handelt?
15. Welche Unterstützung erhalten betroffene Gemeinden bei der Schließung gesundheitlicher Infrastruktureinrichtungen durch Sozialversicherungsträger?